

Juli 2026

Länderbericht

Länderbüro Israel

KONRAD
ADENAUER
STIFTUNG



Demonstration vor der Knesset in Jerusalem, 24.07.2023 / IMAGO / ZUMA Press Wire

Der Wahlkampf in Israel beginnt Der große Umbruch?

Dr. Michael Rimmel, Pascal Franz

Israel steht vor einer der wichtigsten Wahlen seiner jüngeren Geschichte. Die Ereignisse in der aktuellen Legislaturperiode, vor allem der Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023, haben Israels Politik und Gesellschaft massiv verändert. Im Zentrum der Wahl am 27. Oktober 2026 steht die Frage nach der zukünftigen politischen Richtung des Landes sowie nach der Fortsetzung oder dem Ende der Ära des inzwischen 76-jährigen Premierministers Benjamin Netanjahu.

1. Rückblick: Die Regierung Netanjahu VI

Die aktuelle Legislaturperiode begann mit der Knesset-Wahl am 1. November 2022 – nach vier fast nacheinander erfolgten Parlamentswahlen in knapp drei Jahren. Im Dezember 2022 bildete sich eine Koalition aus Parteien, die dem rechten bis rechtsextremen Spektrum in Israel zugeordnet werden: *Likud* (Zusammenschluss), *HaTzionut HaDatit* (Religiöser Zionismus), *Otzma Jehudit* (jüdische Macht), *Yahadut HaThora* (Vereinigtes Thora-Judentum) sowie *Shas*. Eines ihrer ersten Projekte war eine umfassende Justizreform. Ziel war, die Stellung des Obersten Gerichtshofes gegenüber Parlament und Regierung neu zu definieren, darunter auch den Auswahlprozess der Richter massiv zu verändern. Dagegen demonstrierten Israelis landesweit, zum Teil wöchentlich. Zu den Hochzeiten der Proteste kamen in Tel Aviv über 100.000 Menschen zusammen.¹

Am 7. Oktober 2023 griff die Terrororganisation Hamas Israel an. An einem Tag starben so viele Juden wie noch nie seit dem Holocaust. 251 Geiseln wurden in den Gazastreifen verschleppt. Dem Angriff der Hamas folgte ein zweijähriger Krieg und eine humanitäre Katastrophe in Gaza. Hunderttausende israelische Reservisten wurden dafür eingezogen. Am 8. Oktober 2023 begann die Hisbollah aus dem Süden des Libanon mit starken Raketenangriffen, später folgten die Houthis aus dem Jemen und weitere Proxys vom Iran. Im April 2024 griff die Islamische Republik Iran erstmals in ihrer Geschichte Israel direkt mit Drohnen und Raketen an. Darauf folgte ein erneuter direkter Angriff im Oktober 2024, der Zwölf-Tage-Krieg Israels gegen den Iran im Juni 2025 und der erneute Krieg Israels und der USA gegen den Iran, der am 28. Februar 2026 begonnen hat. Im Libanon hatte Israel der Hisbollah im Sommer 2024 eine schwere Niederlage herbeigeführt (u. a. mit der Pager-Attacke und der Eliminierung von Hassan Nasrallah). Seit März 2026 befindet sich Israel wieder in direkter militärischer Auseinandersetzung mit der Terrororganisation.

Im November 2023 begann ein Teil der israelischen Bevölkerung, für die Befreiung der Geiseln durch Verhandlungen mit der Hamas zu demonstrieren. Sie warfen der Regierung vor, die Geiseln im Kampf gegen die Hamas nicht zu priorisieren. Im September 2024 demonstrierten in Tel Aviv laut Veranstalter über 300.000 Israelis für einen Geisel-Deal.² Mithilfe des Einflusses von US-Präsident Donald Trump gelang es, Anfang 2025 und im Oktober 2025 die Freilassung aller noch lebenden Geiseln zu erreichen. Im Januar 2026 wurde der letzte Leichnam eines Israelis ausfindig gemacht.

Die gesellschaftlichen Verwerfungen, die der 7. Oktober 2023 und die Ereignisse der letzten drei Jahre in Israel ausgelöst haben, werden das Land noch lange prägen. Die Polarisierung in Israel stieg stark an. In dieser Legislatur gab es große Proteste gegen den Umbau der Justiz, für die Freilassung von Geiseln, für und gegen die Integration von Ultraorthodoxen in die Streitkräfte. Auch die Anklagen und die damit verbundenen Gerichtsverfahren gegen Premierminister Netanjahu spielten während der gesamten Wahlperiode eine erhebliche Rolle. Nicht zuletzt begann in dieser Zeit eine enorme internationale Isolation Israels, verbunden mit Boykottaufrufen und global wachsendem Antisemitismus.

2. Wie kommt es zum Wahltermin?

In Israel müssen zwischen der Auflösung der Knesset und Neuwahlen mindestens 90 und maximal 150 Tage liegen.³ Die aktuelle Legislaturperiode endet am 27. Oktober. An dem Tag werden auch die Wahlen stattfinden.

Im Durchschnitt bleibt eine Regierung in Israel 2,3 Jahre im Amt.⁴ Die Stabilität der aktuellen Regierung war daher eine bemerkenswerte Ausnahme. Erstmals seit 1988 findet eine Wahl am regulären Wahltag statt.

Regelmäßig spekulierten Medien über ein vorzeitiges Ende der Koalition, selbst in den letzten Wochen kursierten Berichte über einen früheren Wahltermin und einen möglichen Bruch der Koalitionäre. Im Zentrum der Berichte stehen verschiedene, teils höchst umstrittene Gesetzesvorhaben. Statt eines vorzeitigen Endes scheinen sich die Koalitionäre jedoch darauf verständigt zu haben, ihre Mehrheit in der Knesset bis zur Auflösung zu nutzen. Darunter fällt die Gleichstellung von Militärdienst und Thoraunterricht, mithilfe derer die ultraorthodoxen Bürger dem Wehrdienst ausweichen könnten; sowie die Reform der Oberstaatsanwaltschaft und eine politische Justierung der staatlichen Untersuchungskommission. Bis zum 17. Juli konnte die Knesset Gesetze in vollem Umfang verabschieden, bevor das Parlament seine eigene Auflösung an diesem Tag bestimmt und in

eine Übergangsphase gewechselt hat. Es ist davon auszugehen, dass einige dieser Gesetzesvorhaben vor dem Obersten Gericht landen und von der Opposition im Wahlkampf thematisiert und kritisiert werden.

3. Welche Themen werden den Wahlkampf dominieren?

Der beginnende Wahlkampf in Israel wird maßgeblich von Fragen der nationalen Sicherheit und den Folgen des Terrorangriffs der Hamas vom 7. Oktober 2023 geprägt. Aufgrund des zentralistischen Wahlsystems des Landes stehen keine regionalen Themen oder Wahlkreisinteressen im Vordergrund. Da die Wählerinnen und Wähler am Wahltag ausschließlich eine Parteiliste wählen können, dominieren in der Regel grundsätzliche Fragen den Wahlkampf, die sich häufig um innere und äußere Sicherheit drehen.

Die zentrale Konfliktlinie verläuft entlang der Bewertung der Sicherheitspolitik der aktuellen Regierung. Die Koalitionsparteien stellen die militärischen Erfolge gegen Hamas, Hisbollah und den Iran sowie die enge Zusammenarbeit mit den USA in den Mittelpunkt ihrer Kampagne. Sie argumentieren, dass Israel seine strategische Abschreckungsfähigkeit zum Teil wiederhergestellt und seine sicherheitspolitische Position nachhaltig gestärkt habe. Die Opposition erkennt die militärischen Erfolge und die sicherheitspolitische Gebotenheit der Handlungen an, hinterfragt jedoch die strategische Bilanz der Regierung, auch bezüglich des Irans. Sie kritisiert das Fehlen einer langfristigen Strategie für Gaza und den Libanon, wirft der Regierung Versäumnisse im Vorfeld des Hamas-Angriffes vom 7. Oktober 2023 vor und fordert eine umfassende unabhängige, staatliche Untersuchung der politischen Verantwortlichen.

Neben der äußeren Sicherheit werden innenpolitische Themen den Wahlkampf dominieren. Die klare Umsetzung des Urteils des Obersten Gerichtshofs zur Wehrpflicht ultraorthodoxer Juden ohne Ausnahmeregelungen ist die zentrale Forderung der Opposition. Lange Zeit waren Ultraorthodoxe vom Militärdienst ausgenommen. Im Juni 2024 urteilte der Oberste Gerichtshof, dass die Ausnahme rechtswidrig sei und Ultraorthodoxe ebenfalls dienen müssten. Die Regierungskoalition hat das Urteil nicht umgesetzt, was Teil einer Strategie des Ausgleichs mit ihren ultraorthodoxen Partnern ist. Diese gipfelte just drei Tage vor der Auflösung der Knesset mit der Verabschiedung eines Gesetzes zur zeitlich befristeten Verhinderung der Festnahme ultraorthodoxer Wehrdienstverweigerer. Dieses Gesetz hat der oberste Gerichtshof bereits per einstweiliger Anordnung gestoppt. Ultraorthodoxe Gruppen rufen regelmäßig zu Demonstrationen gegen die Wehrpflicht auf. Angesichts der anhaltenden Belastung der israelischen Streitkräfte hat das Thema eine enorme gesellschaftliche Relevanz. Zugleich berührt die Debatte grundlegende Fragen zum Verhältnis zwischen Religion und Staat, bezüglich des Charakters Israels als jüdischer und demokratischer Staat, sowie die Befugnisse des Justizsystems.

Ein weiteres Wahlkampfthema ist die Bekämpfung der organisierten Kriminalität in arabischen Gemeinden sowie die Sicherheitslage in den gemischten jüdisch-arabischen Städten. Die Regierung verweist auf verstärkte Maßnahmen gegen kriminelle Netzwerke, während die Opposition deren Wirksamkeit infrage stellt und der Regierung Versäumnisse bei der Wiederherstellung der inneren Sicherheit vorwirft. Das Thema gewinnt zudem Relevanz durch den nationalen Sicherheitsminister von der rechtsextremen Partei *Otzma Jehudit*, Itamar Ben-Gvir, der in Israel wie international wegen seiner politischen Positionen umstritten ist.

Da es die erste landesweite Wahl seit dem Angriff der Hamas ist, werden die politische Verantwortung für den 7. Oktober 2023 und die zukünftige strategische Ausrichtung Israels den Wahlkampf bestimmen. Gleichzeitig wird die Person Benjamin Netanjahu erneut zu einem wesentlichen Polarisierungsfaktor zwischen Regierung und Opposition. Die seit mehreren Jahren laufenden Gerichtsverfahren gegen ihn verstärken dies zusätzlich. Themen wie die wirtschaftliche und soziale Lage oder die wachsende internationale Isolation Israels werden, wenn überhaupt, nachrangig diskutiert.

4. Wer tritt an?

Zu Beginn des Wahlkampfes zeichnet sich ein weiterhin stark fragmentiertes Parteiensystem mit mehreren konkurrierenden politischen Parteien und Bündnissen ab.

Auf Seiten der Regierungskoalition werden voraussichtlich alle gegenwärtigen Parteivorsitzenden erneut antreten. Angeführt wird die Koalition von Premierminister Benjamin Netanjahu und seiner Partei *Likud*. *Likud* gehört zu den wenigen israelischen Parteien, die ihre Parteiliste durch parteiinterne Wahlen bestimmen. Dies wird voraussichtlich im August stattfinden. Allerdings fordert Netanjahu garantierte Plätze, die er ohne Wahl besetzen kann. Laut Medienberichten ist er besorgt, dass Kandidaten, die an der Parteibasis populär sind, nicht über das eigene Lager hinaus Wähler überzeugen können.⁵ Dies kann als Indiz dafür gewertet werden, dass Netanjahu selbst als Zugpferd nicht mehr ausreicht.

Zum Regierungsblock gehören neben *Likud* die nationalreligiösen Parteien unter Bezalel Smotrich (*HaTzionut HaDatit*) und Itamar Ben-Gvir (*Otzma Yehudit*) sowie die ultraorthodoxen Parteien *Shas* und *Vereinigtes Thora-Judentum*. Zwischen Smotrichs und Ben-Gvirs Parteien ist eine gemeinsame Wahlliste möglich, gilt aber aktuell als unwahrscheinlich. Sogenannte „technische Listen“ sind gemeinsame Wahllisten mehrerer Parteien, die dazu dienen, die Sperrklausel von 3,25 Prozent zu überwinden. Nach der Wahl können die beteiligten Parteien ihre politische Eigenständigkeit beibehalten. Die beiden Parteien gelten als politische Vertreter der nationalreligiösen Strömung in Israel, die unter Siedlern im Westjordanland sehr populär ist. Die ultraorthodoxen Parteien wiederum repräsentieren in erster Linie die sephardischen und mizrachischen Gemeinschaften (*Shas*) bzw. das aschkenasisch-ultraorthodoxe Milieu (*Vereinigtes Thora-Judentum*). Deren entscheidendes Thema ist die mögliche Wehrpflicht für Ultraorthodoxe. Sie ist ein wesentliches Hindernis für deren Zusammenarbeit mit Oppositionsparteien.

In der Opposition haben sich die politischen Kräfte seit der Wahl 2022 deutlich neu geordnet und sie werden sich während des Wahlkampfes noch weiter verändern. Die ehemaligen, für kurze Zeit nacheinander amtierenden Premierminister Naftali Bennett und Yair Lapid treten mit einer gemeinsamen Liste *BeYahad* (Zusammen) an. Der Spitzenkandidat ist Bennett. Gleichzeitig kandidiert der ehemalige Generalstabschef Gadi Eisenkot mit seiner neu gegründeten Partei *Yashar!* (Ehrlich) und positioniert sich als eigenständige Alternative im politischen Zentrum. Daneben treten Avigdor Lieberman mit *Jisrael Beiteinu*, der eher aus dem rechten Spektrum des Oppositionslagers stammt, sowie Yair Golan mit den linksgerichteten *Demokraten* an. Aktuell werden nur bei den *Demokraten* am 20. Juli 2026 interne Wahlen für die Parteiliste erwartet.⁶ Auch das arabische Parteienspektrum befindet sich im Umbruch. *Hadash*, *Ta'al* und *Balad* wollen mit einer gemeinsamen Liste antreten, während *Ra'am* nach derzeitigem Stand eigenständig kandidiert, um bei einem knappen Ergebnis dem Oppositionslager zu helfen, die nötige Mehrheit für einen Regierungswechsel zu bekommen.

Besonders interessant wird das Schicksal der Partei *Blau-Weiß* von Benny Gantz. Laut Medienberichten verhandelt Gantz mit verschiedenen Gruppen über mögliche Allianzen.⁷ Mit welchen Personen und in welcher Form er antreten wird, ist noch offen. Auch die Reservistenpartei von Yoaz Hendel sucht nach Partnern, lehnt jedoch, anders als Gantz, eine Koalition mit ultraorthodoxen Parteien kategorisch ab.⁸ Yuli Edelstein, ehemals Sprecher der Knesset und Minister unter Netanjahu, hat angekündigt, *Likud* zu verlassen und ebenfalls eine eigene Partei zu gründen. Nach Medienberichten suchen auch der ehemalige Minister für Nationale Sicherheit Gilad Erdan, die ehemalige Justizministerin Ayelet Shaked und die aktuelle stellv. Außenministerin Sharren Haskel nach einer neuen politischen Heimat.⁹ Welche Parteien entstehen und welchem Block sie sich anschließen, sollten sie die Sperrklausel erreichen, ist offen. Neu gegründete Parteien, die erstmals antreten, müssen sich mindestens 60 Tage vor der Wahl offiziell registrieren. Die finalen Parteilisten müssen 47 Tage vor der Wahl eingereicht werden und sind dann nicht mehr veränderbar. Entsprechend endet die Anmeldefrist am 10. September.

Die aktuelle Regierungskoalition hat laut den meisten Umfragen seit dem 8. Oktober 2023 keine Mehrheit mehr. Wenige Ausnahmen wie Channel 14, der sich stark mit dem gegenwärtigen Regierungslager identifiziert, prognostizieren für die aktuelle Koalition auch nach der Wahl eine – wenn auch schrumpfende – Mehrheit in der Knesset. Die Mehrheit der Umfragen zeigt jedoch nicht nur keine Mehrheit für die aktuelle Koalition, sondern auch keine Mehrheit für ein Oppositionsbündnis ohne die arabischen Parteien. Vor allem Bennett, Lapid und Lieberman haben öffentlich eine Koalition, die von Stimmen der arabischen Parteien abhängig ist, abgelehnt. Deswegen ist das Schicksal von Parteien wie *Blau-Weiß* so spannend, da sie sich bislang zu keinem Block bekannt haben und für eine breite Mehrheit über die heutigen politischen Lagergrenzen plädieren.

Ebenfalls unklar ist, wer der zentrale Herausforderer von Netanjahu sein wird. Während über Monate Bennett am meisten Zuspruch in der Opposition erhielt, verlor sein Bündnis mit Lapid in der Öffentlichkeit an Zustimmung. Aktuell führt Eisenkots Partei den Oppositionsblock laut Umfragen an; bei manchen ist er gleichauf mit *Likud* und Netanjahu. Die Konkurrenz um die Führungsrolle innerhalb der Opposition wird sich bis zum Wahltag weiter verschärfen und sich vor allem an der Fähigkeit messen, Netanjahu besiegen zu können.

5. Ausblick

Israel steht am Beginn eines Wahlkampfes, der mit großer Wahrscheinlichkeit intensiv, emotional und teilweise sehr konfrontativ geführt werden wird. Israelis werden darüber abstimmen, ob Benjamin Netanjahu weiterhin die richtige Person an der Spitze des Landes ist oder ob es einen Wechsel braucht. Einige Tendenzen sind bereits erkennbar:

1. *Likud* hat im Parlament aktuell 32 Mandate, wird davon jedoch eine nicht geringe Zahl einbüßen. Gleichwohl gilt: Sollte *Likud* stärkste Partei in der kommenden Knesset bleiben, wird Netanjahu eine reale Chance haben, Regierungschef zu bleiben, selbst wenn sein Block nicht auf 61 Mandate kommt und solange das Oppositionslager keine eigene Mehrheit hat. Denn: In Israel endet keine Amtszeit automatisch. Netanjahu und seine Koalition bleiben so lange im Amt, bis eine neue Regierung von der Knesset mit der Mehrheit der anwesenden Abgeordneten gewählt wird.

2. Die Zahl der möglichen Mandate innerhalb von Regierungs- und Oppositionsblock hat sich seit über einem Jahr kaum verändert. Gewinnt eine Partei an Zustimmung, verliert eine andere aus dem gleichen Block. Gelingt es einer Partei aus einem der Blöcke jedoch, Zustimmung aus dem anderen Block zu gewinnen, könnte das die Wahl entscheiden.

3. Da die Blöcke sich in den Umfragen kaum verändern, werden die Parteien, die an beiden Blöcken andocken können, das Ergebnis mitentscheiden. Deswegen könnte *Blau-Weiß* oder mögliche Parteiformationen, wie jene von Yuli Edelstein oder Yoaz Hendel, die Wahl mitentscheiden.

4. Die genannten Akteure sind zudem relevant, da sie in Umfragen mit der Sperrklausel kämpfen. Treten viele kleine Parteien an, ohne es am Ende in die Knesset zu schaffen, ziehen sie dennoch Wählerstimmen aus ihren jeweiligen politischen Lagern ab. In diesem Fall könnten sie entscheidend dafür sein, ob einer der Blöcke eine eigene Mehrheit bekommt oder nicht.

5. Das Wahlverhalten der arabischen Israelis wird ebenfalls relevant sein. Arabische Israelis wählen traditionell weder *Likud* noch ultraorthodoxe oder nationalreligiöse Parteien. Gehen viele von ihnen zur Wahl und wählen arabische Parteien, erhöht dies ironischerweise die Wahrscheinlichkeit für eine Wiederwahl von Netanjahu, da einige Oppositionsparteien, wie Yisrael Beiteinu, ausgeschlossen haben, eine Regierungskoalition zusammen mit den arabischen Parteien zu bilden. Gelingt es jedoch den anderen Oppositionsparteien, einen größeren Anteil der arabischen Wählerstimmen zu gewinnen, reduziert das die Wahrscheinlichkeit für eine Wiederwahl von Netanjahu.

In der Geschichte Israels verloren Ministerpräsidenten fünfmal ihr Amt, weil sie eine Wahl verloren hatten, viermal davon zwischen 1992-2001. Ob Netanjahu eine Wiederwahl gelingt, und falls ja, mit welcher Koalition, oder ob im Oktober das sechste Mal ein Ministerpräsident sein Amt durch eine Wahlniederlage verliert – die kommenden Monate des Wahlkampfes werden zeigen, ob und wie sich die Machtverhältnisse verschieben und die Zukunft Israels aussehen wird.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Michael Rimmel und Pascal Franz
Auslandsbüro Israel
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

-
- ¹ I24News, 21 arrested at 100,000-strong Tel Aviv rally against judicial reform, 25.02.2023, online: <https://www.i24news.tv/en/news/israel/politics/1677346596-israelis-rally-against-judicial-overhaul-for-8th-consecutive-week> (Zugriff 08.07.2026).
- ² I24News, Estimated 300,000 rally in solidarity with hostage families; Ayalon blocked, 01.09.2024, online: <https://www.i24news.tv/en/news/israel/society/artc-estimated-300-000-rally-in-solidarity-with-hostage-families-ayalon-blocked> (Zugriff 08.07.2026).
- ³ IDI, Everything you need to know about Dissolving the Knesset, 12.05.2026, online: <https://en.idi.org.il/articles/59621> (Zugriff 08.07.2026).
- ⁴ IDI, How often are elections held?, 23.12.2020, online: <https://en.idi.org.il/articles/34206> (Zugriff 08.07.2026).
- ⁵ Times of Israel, Likud postpones primaries to August 4 as Netanyahu fights for control of party slate, 29.06.2026, online: <https://www.timesofisrael.com/likud-postpones-primaries-to-august-4-as-netanyahu-fights-for-control-of-party-slate/> (Zugriff 08.07.2026).
- ⁶ Times of Israel, Golan's Democrats party unveils 51 primary candidates, touts 85,000 members, 28.06.2026, online: <https://www.timesofisrael.com/golans-democrats-party-unveils-51-primary-candidates-touts-85000-members/> (Zugriff 08.07.2026).
- ⁷ Times of Israel, Hendel not expected to run with Gantz and Simhi amid Haredi coalition dispute, 05.07.2026, online: https://www.timesofisrael.com/liveblog_entry/hendel-not-expected-to-run-with-gantz-and-simhi-amid-haredi-coalition-dispute/ (Zugriff 08.07.2026).
- ⁸ Times of Israel, Yoaz Hendel's Reservists team up with ex-minister Chili Tropper ahead of election, 08.07.2026, online: <https://www.timesofisrael.com/yoaz-hendels-reservists-teams-up-with-ex-minister-chili-tropper-ahead-of-election/> (Zugriff 08.07.2026).
- ⁹ Jerusalem Post, Edelstein, Shaked approached about party targeting dissatisfied right-wing, modern Orthodox voters, 24.06.2026, online: <https://www.jpost.com/israel-news/politics-and-diplomacy/article-900371> (Zugriff 08.07.2026).